

Böschungssicherung Kotthausen

Die DB Netz AG hat mitgeteilt, dass ab dem 02. Juli die Arbeiten an der Böschungssicherung in Kotthausen fortgeführt werden. Es geht nun darum die Restbereiche links und rechts neben der bereits errichteten Stützwand durch Stützscheiben aus Erdbeton zu sichern. Die Bauzeit wird mit drei Monaten angegeben. Es wird zunächst eine Prallwand am Böschungsfuß errichtet, dadurch können die erforderlichen Arbeiten unter Eisenbahnbetrieb durchgeführt werden. Eine Streckensperrung ist demnach nicht vorgesehen.

Straßenausbau „An der Ringmauer“

Herr Hombitzer erläutert den aktuellen Stand zum Ausbau der Straße „An der Ringmauer“. Abweichend von früheren Zusagen kann bei zwei betroffenen Grundstückseigentümern kein Grunderwerb für den Straßenausbau durchgeführt werden. Dies hat eine Umplanung zur Folge, die wegen der personellen Ressourcen der Verwaltung nicht kurzfristig durchgeführt werden kann. Hinzu kommt, dass sich bei kurzfristiger Planung und anschließender Ausschreibung die Baumaßnahmen bis in die Winterzeit erstrecken würden. Deswegen soll die Umsetzung der Maßnahme nun so koordiniert werden, dass die Baumaßnahme im Frühjahr des Jahres 2013 umgesetzt wird. Die Umplanung bzw. geänderte Bauausführung wegen Nichtverfügbarkeit einzelner Grundstücksteile wird zur Folge haben, dass eine Wendemöglichkeit am Ende der Straße für Lkw's nicht entstehen kann. Zudem muss die Straße schmaler ausgebaut werden, als dieses bisher beabsichtigt war. Dieses führt zur Konsequenz, dass Müllfahrzeuge diese Straße auf Dauer nicht mehr befahren werden und der Winterdienstbetrieb nur eingeschränkt mit kleineren Fahrzeugen vollzogen werden kann.

Bündelung Strom- und Gasbezug

An der interkommunalen Ausschreibung nehmen der Oberbergische Kreis, Bergneustadt, Engelskirchen, Marienheide, Morsbach und Wiehl teil. Der überwiegende Teil der Kommunen verzichtet hierbei aus Kostengründen auf die Ausschreibung zertifizierten Stromes, welcher ausschließlich aus regenerativen Energien resultiert. Der Ausschuss ist übereinstimmend der Auffassung, dass sich die Gemeinde Marienheide in Anbetracht ihrer Zugehörigkeit zum Stärkungspakt Stadtfinanzen einen solchen Luxus ebenfalls nicht leisten kann.

Studie Windkraftnutzung in Oberberg

Die Ergebnisse liegen inzwischen vor und werden demnächst den Auftraggebern (Oberbergischer Kreis/Energieversorger) und anschließend den Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen vorgestellt. Danach erfolgen die Informationen und Beratungen in

den beteiligten Kommunen.